



## **Kantonsratsbeschluss**

### **betreffend Genehmigung der Änderung der Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts (GO VG)**

Bericht und Antrag des Verwaltungsgerichts  
vom 10. Juni 2025

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen hiermit unseren Antrag auf Genehmigung der durch das Verwaltungsgericht (Gesamtgericht) am 10. Juni 2025 auf dem Zirkulationsweg verabschiedeten Änderung der Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts (GO VG; BGS 162.11).

#### **1. Ausgangslage**

Das Verwaltungsgericht ist die oberste kantonale Gerichtsbehörde in Verwaltungssachen (§ 55 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Zug [Kantonsverfassung, KV; BGS 111.1]). Es ordnet seine Organisation und den Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Kantonsrates bedarf (§ 56 Abs. 1 des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen [Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRG; BGS 162.1]). Am 10. Juni 2025 hat das Verwaltungsgericht in seiner Geschäftsordnung analog zum VRG nun die geschlechtsneutrale Formulierung nachvollzogen und bei dieser Gelegenheit zudem eine Korrektur des veralteten § 3 Abs. 1 Ziff. 6 vorgenommen.

#### **2. Geschlechtsneutrale Formulierung der GO VG**

Wie bereits gegenüber Ihrem Rat sowie auch der Justizprüfungskommission angekündigt, legt Ihnen das Verwaltungsgericht nun eine geschlechterneutrale Fassung der GO VG vor. Wir knüpfen damit an den entsprechenden Anpassungen an, die Ihre Redaktionskommission im VRG bereits vorgenommen hat und welche seit dem 8. November 2024 in Kraft sind.

#### **3. Korrektur § 3 Abs. 1 Ziff. 6 GO VG**

Bei der Überarbeitung der GO VG ist ein materieller Fehler aufgefallen: Das Verwaltungsgericht verabschiedet seinen Voranschlag seit geraumer Zeit nicht mehr zuhanden des Regierungsrats, sondern zuhanden des Kantonsrats (vgl. § 36 Abs. 2 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden [Finanzhaushaltgesetz, FHG; BGS 611.1]). Die aktuelle Formulierung stammt aus einer Zeit, in welcher die Verwaltungsrichter durch den Regierungsrat bestimmt wurden und die Regierung auch für das Gerichtsbudget verantwortlich war. Heute dürfen die Gerichte auf die freundliche Unterstützung von Regierung und Verwaltung zählen in den Prozessen der Budgetierung und Rechnungslegung, verantworten diese aber selbst gegenüber dem Kantonsrat (Gewaltenteilung).

#### **4. Anpassung Genitivformen**

Schliesslich passen wir bei dieser Gelegenheit die Genitivformen im Erlasstext an. Gemäss Rücksprache mit dem Gesetzgebungsdienst benutzt der Kanton Zug seit einiger Zeit grundsätzlich die moderneren Kurzformen des Genitivs (des Regierungsrats, des Verwaltungsgerichts) anstelle der Langformen (des Regierungsrates, des Verwaltungsgerichtes).

#### **5. Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens**

Ein Vernehmlassungsverfahren wurde nicht durchgeführt, da die Gerichtsorganisation die kantonalen Direktionen nicht betrifft, sondern allein den Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsgerichts.

#### **6. Finanzielle Auswirkungen und Anpassungen von Leistungsaufträgen**

Keine.

#### **7. Zeitplan**

August 2025	Kantonsrat, Kommissionsbestellung
September/Oktober 2025	Kommissionssitzung(en)
November 2025	Kommissionsbericht
Dezember 2025	Kantonsrat
Januar 2026	Publikation Amtsblatt / Inkrafttreten

#### **8. Antrag**

Gestützt auf die vorstehenden Erwägungen stellen wir Ihnen den Antrag, die Änderung der Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts (GO VG) entsprechend der beigelegten Synopse zu genehmigen (Vorlage Nr. 3962.2 - 18271).

Zug, 10. Juni 2025

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Namen des Verwaltungsgerichts des Kantons Zug

Die Präsidentin: Dr. iur. Diana Oswald

Die Generalsekretärin: lic. iur. Claudia Meier